

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt O. m. b. H.).

NUMMER 94 A

BERLIN • Freitag, den 22. April 1932

I JAHRGANG

### Die Klassenfronten in China.

Von Minna Specht.

Während Herr GROENER schon das Gras einsäen läßt auf den Rasenplätzen, die Deutschlands entpolitisierte Jugend zu sportlicher Betätigung empfangen werden, während die Länder mit den Parlamentswahlen beschäftigt sind, die ihnen voraussichtlich geschäftsführende Kabinette beschieren werden — verschärfen sich die Klassegegensätze, die in Deutschland „überbrückt“ werden, in Ostasien weit mehr, als es die täglichen Pressemeldungen über Verhandlungen in Schanghai und über japanische Verwaltungsmaßnahmen in der Mandchurei erkennen lassen. Sie verschärfen sich in einer Weise, daß die jetzigen Verhandlungen sich jeden Tag

in die völlige Unterwerfung der Mandchurei, in die Auflösung Chinas und die unmittelbare Bedrohung Sowjet-Rußlands

verwandeln können.

#### Die Tagesereignisse beleuchten diese Situation:

1. Die Mandchurei ist nicht beruhigt. Japan sorgt dafür, daß die Unabhängigkeit des neuen Staates erkämpft wird gegen den Widerstand, den die Anhänger Chinas und die Vertreter Sowjet-Rußlands der neuen Verwaltung entgegenbringen. Diesen Widerstand heranzurufen bei den chinesischen Bauern, die dort wohnen, und den russischen Beamten, die die Rechte ihrer Regierung verteidigen, ist nicht schwer. Die bloße Anwesenheit japanischer Truppen, japanischer Polizisten und japanischer Beamten reicht dafür aus.

2. Auf dem Parteitag der Kuomintang in Lojang ist am 16. April die Entscheidung angenommen worden, die einzelnen Armeen der Generäle aufzulösen, zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Provinzen eine Nationalgarde zu bilden, die Militärdienstpflicht einzuführen und durch besondere Gesetze die Redefreiheit zu regeln. Die Zentralisation der Reaktion bereitet sich vor.

3. In den Provinzen südlich des Jangtse steigt die Bedeutung der Bauernrevolution. Die bürgerlichen Presseagenturen meldeten am 16. April, daß ein kommunistisches Heer sich dem Vertragshafen Amoy näherte, daß ein englischer Kreuzer und ein amerikanischer Zerstörer unterwegs seien, um die englischen und amerikanischen Interessen zu schützen.

Drei Mächte stehen einander gegenüber: die Japaner im Norden, die Bauern im Süden, die chinesische reaktionäre Zentralregierung in der Mitte. Zwei Fronten oder drei? Japan und Nanking zusammen gegen die „Kommunisten“? Das chinesische Proletariat gemeinsam mit Nanking gegen Japan? Oder Nanking zwischen beiden Mächten, hin und her schwankend zwischen nationalen und seinen kapitalistischen Interessen, käuflich und furchtsam wie bisher?

Die entscheidende Frage für uns ist die nach der Haltung des Proletariats.

Als im Januar der Angriff der Japaner auf Tschapei erfolgte, haben wir hier die Frage erörtert, ob sich das chinesische Proletariat gegen diesen Angriff verteidigen soll. Wir haben damals die Frage bejaht auf Grund der Abwägung, daß die Nanking-Regierung, so verräterisch und erpresserisch sie auch sein mag, insofern weniger gefährlich ist, als sie die Einwohner Tschapeis jedenfalls nicht unmittelbar mit dem Tode bedrohte, wie das durch die Gasangriffe und die Bombenwürfe der Japaner geschehen ist. Nur die Berücksichtigung der jeweiligen konkreten Lage, in der der Klassenkampf geführt wird, ermöglicht hier das Urteil über die einzuschlagende Taktik. Es gibt keine allgemein gültigen Regeln über die Methoden des Klassenkampfes, — wie LENIN das ROSA LUXEMBURG herrlich auseinandergesetzt hat in seinem Artikel „Ueber die Junius-Broschüre“. Eine allgemeine These, etwa von der Art, die Befreiung von dem fremden — hier dem japanischen — Imperialismus sei die Voraussetzung für den Kampf gegen den einheimischen Imperialismus, ist Klassenkampf mit nationalistischer Brühe verwässert, führt zu der Taktik des Mannes, der, wie BISMARCK sagt, mit einer Stange quer im Mund aufrecht durch einen dichten Wald geht. Wie und wo der Internationale Gegner des Proletariats am sichersten, an seiner verwundbarsten Stelle zu treffen ist, ergibt sich nur aus der Analyse der jeweiligen Machtverhältnisse und nicht aus allgemeinen Doktrinen.

Darum sind wir auch genötigt, jetzt, wo wir im Besitz neuer Daten über die ostasiatischen Machtverhältnisse sind, dank der Untersuchungen unseres Mitarbeiters in Schanghai, die Frage erneut zu stellen, ob das chinesische Proletariat gemeinsam mit den Generälen der Nanking-Regierung gegen die japanische Regierung kämpfen, oder den revolutionären Kampf gegen beide Fronten zugleich führen soll.

Zunächst die Unterlagen zur Bildung unseres Urteils: In den Provinzen des Südens steht eine Rote Armee, deren Größe auf 30 000 bis 50 000 Mann geschätzt wird; die

## Der politische Terror.

M. S. Zu der kleinen, aber eindrucksvollen Ausstellung „Politischer Terror“ im Pschorr-Haus am Potsdamer Platz konnte sich die Liga für Menschenrechte keinen geeigneteren Führer wählen als GUMBEL, der das Hauptmaterial zu dieser Ausstellung aus den reichen und geklärten Sammlungen, die er aus eigener Forschertätigkeit besitzt, beige-steuert hat.

GUMBEL beschrieb mit seinen Worten das, was vor unseren Augen an der Wand hing, die Terror-Dokumente der deutschen Republik, die ihr eigenes Dasein einer nicht-terroristischen Revolution verdankt. GUMBEL kämpft mit dem Mittel des Worts, das von Ueberzeugungen getragen ist, gegen die Gewalt an, die wegen ihrer Feigheit „Mord“ zu heißen verdient. Er kämpft gegen Justizmorde und gegen politische Morde. Wir halten fest, daß er und die Liga in den Fällen FECHENBACH, JAKUBOWSKI, BULLERJAHN Erfolg gehabt haben, im Fall JAKUBOWSKI den Erfolg, wie GUMBEL sagte, daß die Todesstrafe wenigstens eine Zeitlang ins Stolpern kam.

Zum KAPP-Putsch, der den Attentätern auf die Reichsverfassung — die meisten waren Offiziere — fünf Jahre Freiheitsberaubung brachte, während die Arbeiter der Münchener Räterevolution insgesamt zu mehr als 500 Jahren verurteilt wurden, äußerte GUMBEL, daß die Republikaner bei der Pleite dieses Unternehmens die letzte Gelegenheit verpaßt hätten, sich der Konterrevolutionäre zu entledigen. In diesen Tagen ist der Prozeß zu Ende gegangen, in dem die deutsche Republik dem Kapitän EHRHARDT den Rest seiner Pension zugesprochen hat; dieser Rest war ihm seiner Zeit beschlagnahmt worden zur Wiedergutmachung der während der KAPP-Putschidee von ihm verursachten Schäden.

Die politischen Morde, mit deren Hilfe die Gegner des demokratischen Deutschland ihre Gegensätze zu anders Gesinnten austragen, gliedert GUMBEL in drei Klassen:

1. In die „extensiven“, gleichsam handwerksmäßig hergestellten vereinzelt Morde, bei denen ein Kommunist oder einer, den man dafür hält, erstochen oder erschossen wird;
2. in die „intensiven“, fabrikmäßig hergestellten Fememorde, und
3. in die bei Zusammenstößen sich ergebenden Mordtaten; diese Zusammenstöße wurden größtenteils planmäßig herbeigeführt, wie der in diesen Tagen zur Verhandlung stehende Ueberfall auf Felsenack.

Die Fememorde, begangen von Leuten wie Oberleutnant SCHULZ, der heute hinter dem Prinzen AUGUST WILHELM zum Landtag kandidiert, von HEINES, der im Reichstag sitzt, von KLAPPROTH, der heute im Münchener Braunen Haus amtiert, kennzeichnet GUMBEL durch drei Merkmale:

1. Es besteht kein Zweifel, daß weitaus die meisten Fememorde von NS-Mitgliedern begangen worden sind oder Mitglieder solcher Organisationen, die die NSDAP zu den „Ihren“ rechnet;
2. daß sie an völlig Unschuldigen begangen worden sind;
3. daß sie fast durchweg um des Besitzes von Waffen willen unternommen worden sind. Die Mitglieder dieser Organisationen hatten Waffen (z. T. von der Reichswehr).

Nankinger Regierung behauptet, daß nur die Hälfte dieser Truppen bewaffnet sei; die Kommunisten sagen, daß die revolutionäre Armee den Regierungstruppen über 100 000 Gewehre abgenommen habe.

Tatsache ist, daß die Revolutionäre ihre Armee erst langsam aus aufständischen Bauern, entlaufenen Soldaten und Räubern aufgebaut haben daß sie Waffen und Munition nur erbeuten oder auf gefährlichen Schleichwegen erlangen können. Eine andere Tatsache ist, daß es der Nanking-Regierung, die 13 Divisionen, Flugzeuge und Kanonenboote gegen die Provinz Kiangsi mobilisierte, nicht gelungen ist, die Kommunisten „auszuröten“. Dieser Mißerfolg leitet sich gewiß nicht her aus der militärischen Ueberlegenheit der roten Soldaten, sondern daraus, daß

hinter dieser Armee der revolutionäre Aufstand eines ganzen Volkes von mehreren Millionen Bauern steht, der einen durch das ganze Land schwellenden erbitterten Guerillakrieg gegen die Kuomintang-Regierung führt. TSIANG KAI SCHEK, der persönlich das Oberkommando des anti-kommunistischen Feldzuges übernommen hatte — es heißt, daß jetzt ein kantonesischer „Pazifizierungsgeneral“ ernannt worden sei —, hat selber öffentlich angegeben, „daß das Ende dieses Krieges nicht abzusehen sei“.

Woher stammt die Kraft dieses gewaltigen Aufstandes? Sie beruht erstens auf der verzweifelt Lage der Bauern, die durch die dreifache Ausplünderung durch Steuerbeamte, Soldaten und Räuber zu Bettlern gemacht worden sind, und zweitens auf der Zusammenfassung dieser verelendeten

### AUS DEM INHALT:

Felsenack-Prozeß.

Das Chaos im Fernen Osten.

Neues über Boxheim.

SAP und Gewerkschaften.

Kapitalistische Kampfmethoden.

Verse können Stahl erzeugen.

Der russische Gewerkschafts-Kongreß.

Fridericus — Braun.

Wer auch nur den Anschein erweckte, seiner Staatsbürgerpflicht zu folgen und dieses ungesetzliche Waffentragen anzumelden, wurde ermordet. Der Fememord traf vielfach die Kameraden der eigenen Organisationen.

Die NS veröffentlichten selbstverständlich Gegenlisten zu den Mörderlisten, die Männer wie GUMBEL zusammenstellen. GUMBEL erläuterte, wie die Länge der NS-Listen zustande kommt. Diese Listen, die angeblich die Opfer der politischen Mordtaten aufzählen, von Kommunisten und Vertretern des heutigen Systems an NS-Leuten verübt, enthalten den Namen von SCHLAGETER, der von Franzosen durch ein Sondergericht — ob zu Recht oder zu Unrecht, ist hier gleich —, aber jedenfalls durch ein Gericht zum Tode verurteilt worden ist; ferner Mitglieder der NS, die 1923 bei der Revolte, die die HITLER-Bewegung inszeniert hatte, vor der Feldherrnhalle durch Polizeikugeln getroffen wurden; endlich SA-Leute, die bei Zusammenstößen mit anderen politischen Gruppen von den eigenen Kameraden niedergestochen worden sind.

Auf die Frage: Wie ist es denkbar, daß eine Partei zum Aufstieg kommt, die durch die Boxheimer Dokumente belastet ist, die einen Parteiführer hat, der nach GUMBEL am besten durch das Beiwort „mehrfach vorbestrafter Ausländer“ charakterisiert wird, antwortete GUMBEL: *Well sie die Offensive übernimmt, und wir nicht.*

Mag es schwer sein, gegenüber einem Menschen aufzukommen, der allen alles verspricht, das darf kein Grund sein, vor ihm zurückzweichen. Aber es fehlt den Kämpfern für Recht und Freiheit, es fehlt den heute führenden Sozialisten an einem positiven Programm und dem Willen zur Realisation. Es fehlt ihnen der Mut, nicht als Aerzte, sondern als Erben des verwirtschafteten kapitalistischen Systems zu figurieren. Mit diesen harten und tapferen Worten schloß GUMBEL die Versammlung.

Die Ausstellung dauert nur noch wenige Tage. Da ihr Material leider nicht an den Litfaßsäulen angeschlagen wird, sollte jeder in den Saal gehen und aufmerksam diese Dokumente „aus unserer Zeiten Schande“ studieren. Denn der Kampf gegen die SA ist noch nicht vorüber.

Massen zu einer organisierten Bewegung durch die Kommunisten. Als die Kuomintang die Kommunisten in den Jahren 1927-28 aus ihren Reihen ausstieß, sie in den Hafenstädten, vor allem in Schanghai, erdrosselte, sind ihre versprengten Ueberreste ins Innere geflüchtet und haben hier die erbitterten Bauern, die ihren sozialen Protest gegen das Unwesen der Regierung bis dahin in einem ziellosen Räuberwesen zum Ausdruck brachten, in einer revolutionären Agrarbewegung geeint, deren militärische Vorhut die Rote Armee bildet.

Diese südchinesischen Sowjet-Republiken haben eine feste ökonomische Basis in der Besitzergreifung des Grund und Bodens durch die Bauern. Tausende von Großgrundbesitzern sind enteignet worden; damit entfielen die Pachtsummen, die die Hälfte der Ernte verschlangen, und die Wucherzinsen, die bei den Darlehen, die die Bauern aufnehmen mußten, bis zu 30 Prozent hinaufstiegen. Auch die Steuerzahlungen hörten allmählich auf die bisher zur Unterhaltung der Beamten und Soldaten der Zentral-Regierung, oft in vierfacher Höhe des angesetzten Betrages, bezahlt worden waren. Die Verjagung der korrupten Beamten und Generäle und eine gerechtere Bodenverteilung bilden die gesunde Grundlage dieser Agrar-Revolution. Ein militärischer Sieg der Nankinger Regierung über die Rote Armee könnte diese vernichten; sie schafft aber den Widerstand der Millionen chinesischer Bauern, die sich ihr Recht auf Erde und Arbeit wiedergeholt haben, nicht aus der Welt.

Es ist wenig Authentisches bekannt über den inneren Aufbau dieser Sowjet-Republiken. Die spärlichen Nachrich-

ten, die darüber an die Öffentlichkeit dringen, stehen unter der Zensur der Nanking-Regierung oder unter der Redaktion der Kommunisten. Die „Impresso“ spricht von Kulakenkämpfen, von rechten und linken „Entstellungen“ der Parteipolitik in Kiangsi, dem Zentrum der chinesischen Sowjet-Republiken. Es wäre nicht erstaunlich, wenn der Agrarkollektivismus, der in Rußland die härtesten Anstrengungen von seiten der Regierung erfordert hat, von den chinesischen Bauern noch nicht durchgeführt wäre. Es kommt hier für unseren Zusammenhang aber auch nicht darauf an, wie weit diese Revolution, die zweifelsfrei unter kommunistischer Leitung steht, zu einer völligen Durchdringung der Provinzen mit sowjet-russischen Anschauungen geführt hat. Weit bedeutungsvoller ist die Tatsache, daß diese Bauernerhebung in dem Kampf, der Ostasien erschüttert, eine so bedeutende Rolle spielt, daß sich die in Schanghai erscheinende englische „North China Daily News“ im Januar zu dem Eingeständnis entschlossen hat, daß sich „in einigen Teilen des Landes die kommunistische Herrschaft durchaus im günstigsten Sinn von den Zuständen unterscheidet, die unter der Regierung bestehen“.

Hier in Süchina — und das ist für unsere Frage das Entscheidende — ist der Kampf gegen den einheimischen Klassengegner entbrannt; er wird mit solchem Erfolg geführt, daß die Kuomintang, die die Auseinandersetzung mit den rebellischen Provinzen des Südens angesichts des Einbruchs der Japaner eingestellt hatte, sich zu neuer Abwehr vorbereitet. Die Beschlüsse der Konferenz in Lojang zeigen, daß die Reaktion ihre Zersplitterung in die Nankinger und Kantonier Richtung aufgeben will, daß sie ein nationales Heer und eine nationale Polizeitruppe aufstellen will, um gegen den äußeren und gegen den inneren Feind gerüstet zu sein.

Die Revolution der Bauern, deren Armee jetzt, wie es heißt, einen Vorstoß gegen den Hafen der Provinz Fukin unternimmt — und das ist die andere Feststellung, die wir zu der bisherigen hinzunehmen müssen — hat bisher

keine organisatorische Verbindung zum Proletariat der chinesischen Städte.

Das liegt einerseits daran, daß in den meisten chinesischen Städten mit ihrem Zunftcharakter von einem klassenbewußten Proletariat keine Rede ist, daß andererseits die Arbeiter-schaft der wenigen großen Städte, in denen, wie in Schanghai, Tientsin und Hankau, eine „westliche“ Industrie entstanden ist, unter einer weißen Inquisition steht, die nicht nur jede organisierte revolutionäre Arbeit verhindert, sondern jeden Ansatz dazu schon im Keime vernichtet. Fast jeden Monat melden die Polizeiberichte in Schanghai die Verhaftung von 20 bis 30 „Kommunisten“, die den Gerichten ausgeliefert werden. In den meisten Fällen handelt es sich nicht um Kommunisten, sondern um irgendwelche furchtlose und ehrliche Ankläger des herrschenden Systems. Erst vor kurzem sind sechs junge linksstehende Schriftsteller von der Polizei gefoltert und lebendig begraben worden. Unter derartigen Verhältnissen den Widerstand gegen den inneren Feind zu organisieren oder gar die Verbindung zu den Sowjet-Republiken des Hinterlandes aufzunehmen, verbietet sich selber; es ist ein einzelnes revolutionäres Kräfte zu vergeuden.

Das Schanghai Proletariat, vor allem die von Gas, Maschinengewehren und Brandstiftung bedrohte Bevölkerung von Tschapei, hat nur den Kampf gegen den äußeren Angreifer geführt. In der 19. Division haben diese Massen ihre militärische Schulung erhalten und den vorläufigen Waffenstillstand erzwungen, der ihnen und ihren Familien wenigstens das Leben rettet. Sie haben sich dabei, obwohl ihnen die bisherige Verteidigung Schanghais zu verdanken ist, einen schlechten Ruf in Nanking erworben, einen so schlechten, daß TSIANG KAI SCHEK, wie man sich erzählt, die 19. Division nicht unterstützt, weil ihn „ihr Schicksal nicht interessiert“. Derartige Dolchstoßlegenden, die dem chinesischen Nationalismus teuer zu stehen kommen können, mögen nur auf halber Wahrheit beruhen, wie auch die bisher nicht bestätigte Meldung, daß die 19. Division mit den Regierungstruppen bereits im Kampf stehe, aber sie zeigen, daß die Selbstverteidigung des Proletariats auf Schanghai Boden, die zunächst gegen den fremden Imperialismus gerichtet ist, weitgehend den Charakter des Klassenkampfes trägt, daß sie sich jedenfalls vom Nationalismus frei gehalten hat und daß

die Soldaten der 19. Division von dem chinesischen Klassen-gegner bereits dementsprechend behandelt werden.

Das chinesische Proletariat kämpft also an zwei von einander unabhängigen Fronten. Es kämpft gegen Tokio und gegen Nanking.

Es greift den Klassengegner dort an, wo es ihn packen kann. In der Notwehr, in der es sich befindet, geht es diesen Weg, nicht beengt durch vorgefaßte Meinungen über die Vorzugswürdigkeit des einen oder anderen Weges.

Die Richtigkeit dieser Taktik verbürgt leider keineswegs schon den Sieg. Die Verhandlungsbereitschaft der chinesischen Regierung mit den Japanern, der Zusammenschluß des Kantonser Flügels der Kuomintang mit der Nankinger Richtung, die Aufforderung der chinesischen Bankiers in Schanghai, das Zusammenarbeiten mit den auswärtigen Großmächten „zur Rettung Chinas“ in die Wege zu leiten, die

Duldung des japanischen Vorstoßes gegen die Russen in der Mandschurei von seiten der kapitalistischen Mächte, — alles deutet darauf hin, daß sich die Front auf der Gegenseite schließt, daß sich hier die Kräfte sammeln, zunächst zum Schlag gegen den chinesischen „Kommunismus“. Die Vereinigung der beiden proletarischen Fronten, der Schanghaier Revolutionäre mit den Bauernmassen des Inneren, ist dagegen zur Zeit so gut wie aussichtslos.

Wenn überhaupt irgend etwas, so ist es nur der Konkurrenzkampf zwischen dem chinesischen und japanischen Kapitalismus, der dem chinesischen Proletariat eine Atempause gönnt. Die japanischen und chinesischen Wirtschaftsführer kämpfen unter den eifersüchtigen Augen der übrigen Großmächte noch um den mandschurischen und Schanghai Markt. Darum ist auch der Friede noch nicht geschlossen. Er kann schneller herbeigeführt werden als wir glauben, wenn sich die Atempause, die sie den Chinesen im Süden und den Russen im Norden einräumen, für gefährlicher oder auch nur für nachteiliger halten als die Kompromisse, zu denen sie bei einem Friedensschluß untereinander heute bereit sein müßten.

## Man sagt „Zwangsarbeit“ und meint Profit.

in London, 21. April.

Das Oberhaus befaßte sich am Mittwoch mit den englisch-russischen Beziehungen. Lord LLOYD lenkte die Aufmerksamkeit des Oberhauses auf die angebliche Zwangsarbeit in Rußland, so daß dort die für die Ausfuhr bestimmten Waren unter Verhältnissen erzeugt würden, die der Sklaverei nahe kämen. Er wies dann darauf hin, daß die Vereinigten Staaten, die Rußland rechtlich noch nicht anerkannt hätten, eine günstige Handelsbilanz mit Moskau aufwiesen, während Englands Handelsbilanz mit Rußland trotz der bestehenden diplomatischen Beziehungen stark negativ gewesen wäre. Die russischen Handelsmethoden seien nichts weiter als ein strategischer und taktischer Angriff auf die englischen Märkte, durch den die Preise für die Rohmaterialien zerstört und Unglück und Leid über das englische Weltreich gebracht werden sollen. Lord PHILLIMORE bewies die Behauptung seines Vordröners mit den Rückwirkungen der russischen Weizen- und Getreideausfuhr auf Kanada, Argentinien und andere Länder. Lord LOYAT beklagte, daß die Abkommen über die Einfuhr russischen Holzes nach England zufriedenstellende Abmachungen in Ottawa zur Entwicklung des Holzhandels im Weltreich unmöglich machten.

Lord SNOWDEN, das frühere Mitglied der Arbeiterpartei, wies im Namen der Regierung darauf hin, daß die starke bolschewistische Propaganda gegen das englische Weltreich sehr stark nachgelassen habe. Nicht ein roter Heller der Kredite für den Handel mit Rußland sei bis jetzt verlorengegangen. Die Zahlen des englischen Handels mit Rußland in den ersten Monaten dieses Jahres seien erstaunlich. Im Januar stand der russischen Einfuhr nach England von 1½ Millionen Pfund englische Ausfuhr nach Rußland im Betrage von 750 000 Pfund gegenüber. Der Februar sei mit 900 000 Pfund englischer Ausfuhr nach Rußland gegenüber einer Million Pfund russischer Einfuhr nach England noch bedeutend günstiger gewesen. Im allgemeinen sei die englische Regierung mit dem Ueberschuß der russischen Einfuhr nicht einverstanden, und entsprechende Vorstellungen seien in Moskau erhoben worden. Im Interesse von Handel und Industrie habe sich die englische Regierung entschlossen, Kreditgarantien für den Handel mit Rußland für länger als zwölf Monate nur noch unter den schärfsten Bedingungen zu gewähren. Verhandlungen über den Umfang der Kredite seien zur Zeit im Gange. Die Garantiepolitik werde nur fortgesetzt werden, wenn die Gewißheit bestehe, daß dadurch die englische Industrie unterstützt wird.

## Das Chaos im Fernen Osten.

General MA auf Seiten der Chinesen.

Die Regierung PUJI hat den General MA von dem Posten des Kriegeministers enthoben. MA ist auch nicht mehr Mitglied des Gesetzgebenden Rates.

Hochverratsverfahren gegen General MA.

in Mukden, 21. April.

Die Regierung Puji gibt bekannt, daß gegen General MA ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden ist. Er soll vor ein Kriegsgesicht gestellt werden, das in Tschangtschun zusammentreten wird.

Tokio als Freund Rußlands?

Das japanische Kriegsministerium hat in einer amtlichen Erklärung die sowjetrussischen Beschuldigungen zurückgewiesen. Die japanische Armee habe niemals Weißgardisten angestellt oder unterstützt. Die japanischen Militärbehörden hätten nicht die geringste Absicht, die russischen Rechte in der Mandschurei zu verletzen oder Rußland anzugreifen. Ohne freundschaftliche Beziehungen zwischen Rußland und Japan könne niemals Frieden im Fernen Osten herrschen.

Das sind die üblichen nichtssagenden Erklärungen der japanischen Militärs.

Weitere Russenverhaftungen.

in Chabin, 21. April.

Die mandschurische Polizei hat 23 Sowjetrussen verhaftet, die gegen die Regierung Puji gekämpft und kommunistische Propaganda getrieben hätten. Sie sollen freigelassen werden, wenn die Sowjetregierung die Ostbahn auszurufen. Der sowjetrussische Konsul hat bei der Regierung Schritte unternommen, um die Verhafteten zu befreien. Die Bemühungen sind jedoch erfolglos geblieben.

Japan und der Völkerbund.

Der Neunzehner-Ausschuß des Völkerbundes hat beschlossen, den internationalen Ausschuß in Schanghai zu ermächtigen, den Zeitpunkt der Räumung Schanghais durch die Japaner zu bestimmen. In japanischen Regierungskreisen wurde dieser Beschluß für unannehmbar erklärt. Man erwartet, daß der japanische Vertreter in Genf, SATO, den Beschluß in der öffentlichen Sitzung ablehnen werde, ohne vorher in Tokio anzufragen. Sollte der Beschluß auch in der öffentlichen Sitzung angenommen werden, so werde ihn Japan einfach nicht beachten. Die Entwicklung der Ereignisse in Genf verstärke die Möglichkeit des Austritts Japans aus dem Völkerbund.



## PORGY.

Ein Neger-Roman  
von du Bose Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knauer,  
Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(3. Fortsetzung.)

In der Nacht nach dem Mord blieb Porgys Fenster geschlossen. Durch die offen stehende Tür drang der getragene Rhythmus eines Grabgesanges aus Robbins Zimmer zu ihm herüber.

„Was ist geschehen, ihr Kinder?“ lautete die Strophe, und die Gegenstrophe, langsam anschwellend im Ton, gab die Antwort:

„Pein traf den Leib, die nicht zu ertragen!“

Porgy saß auf dem Fußboden und zählte seine Einnahme: ein Dollar und zwanzig Cent, — es war also ein guter Tag gewesen. Vielleicht hatte der unbestimmte Kummer, der in seiner Seele schwelte, das Mitleid der Vorübergehenden besonders geweckt.

„Was ist geschehen, o Schwester?“

„Jesus hat unsern Bruder zu sich genommen, und ich muß es erdulden.“

Ununterbrochen schwang der gleiche Rhythmus in der schweren Luft.

Porgy teilte die aufgehäuften Goldstücke in zwei gleiche Teile und fing dann an, den einen davon in die Tasche zu stecken. Wieder erklang der Kehrreim:

„Pein traf den Leib, die nicht zu ertragen.“

Er überlegte unschlüssig einen Augenblick, dann schüttete er die Münzen alle wieder zusammen, suchte sich nur ein Fünfundzwanzig-Cent-Stück heraus, das er einsteckte, nahm

den ganzen Rest in die Hand und schleppte sich die kurze Strecke zu dem Trauerzimmer hinüber.

Die Leiche, bis an die Augen mit einem Leintuch zugeeckt, lag auf dem Bett in der Zimmerecke, — auf ihre Brust hatte man eine große, blaue Untertasse gestellt. Um sie im Kreis herum standen oder saßen, mit dem Rücken an die Wand gelehnt, ungefähr zwanzig Neger. Einige von ihnen sangen, andere wiegten die Oberkörper hin und her und stampften mit ihren großen Plattfüßen den Takt. Nicht einen Augenblick hatte der Rhythmus nachgelassen, — im Gegenteil, von Minute zu Minute wurde er rascher, so daß es jetzt schien, als schwänge das ganze, solid gebaute Haus mit.

Porgy hatte schon gehört, daß Robbins in keiner Sterbekasse gewesen war, weil alles, was er über das unbedingt zum Leben notwendige verdient hatte, an seinen Samstag-abenden draufgegangen war. Die Untertasse, die er jetzt sah, bestätigte ihm die Wahrheit dieses Gerüchtes. Es bestand nämlich unter den armen Negern seit alters her die Brauch, in einen solchen Fall die Leiche so aufzubewahren und so lange Trauerlieder zu singen, bis das Mitleid der Nachbarn geweckt wurde, die dann für ein anständiges Begräbnis gemeinsam sorgten. Erst in den letzten Jahren hatten Versicherungsagent und Sterbekasse Eingang in ihre Kreise gefunden. Jetzt allerdings galt es schon als Schimpf und Schande, einen „Untertassen-Begräbnis-Neger“ in der Verwandtschaft zu haben.

Durch die doppelte Last von Kummer und Sorge gebeugt, saß die Witwe am Fuß des Bettes und wiegte ihren Körper im Rhythmus des Liedes hin und her, wie eine Palme am Meeresstrand im wechselnden Wehen des Seewinds.

Der Anblick ihres Grams, das enge Zimmer, das Graue unter dem Leintuch da, die unaufhörlich an- und abschwellenden Töne, die an sein Ohr schlugen, — alles das zusammen weckte eine seltsame Lebensgier in Porgy. Plötzlich warf er den Kopf zurück und stieß gellende, langgedehnte Klagelaute aus. Wie tiefe Erleichterung überkam es ihn dabei. Wieder jammerte er auf, leerte seine Handvoll Münzen in die Untertasse und ließ sich am Kopfende des Bettes auf den Fußboden sinken. Er fiel in den Wehgesang der anderen ein, doch ein Gefühl innerer Erhebung überflutete

ihn bald, zwang statt des verzweifelten Trauerliedes eine Triumphhymne auf seine Lippen.

„Mein Bruder ruht aus auf dem neuen Friedhof, den strahlend die Sonne bescheint!“ sang er.

Im gleichen Takt fiel jubelnd der Chor ein:

„Und ich sehe ihn wieder, dereinst im Paradies!“

Doch jetzt erfolgte eine rohe Unterbrechung. Ein kleiner, ziemlich hellfarbiger Neger kam geräuschvoll ins Zimmer. Er hatte eine tiefe, ölige, aber doch durchdringende Stimme, war völlig in Schwarz gekleidet und tat ungeheuer wichtig. Der Gesang verstummte fast, war kaum viel mehr als rhythmisches Schweigen . . .

Der Mann ging auf die Witwe zu, die, am Fußende des Bettes hockend, ganz in sich zusammengesunken war, und berührte ihre Schulter. Sie hob ihre Augen zu ihm auf, die leer waren, wie ausgebrannt.

„Wie steht's jetzt mit der Untertasse, Schwester?“ fragte er leise und warf dabei einen prüfenden Blick auf die blaue Schale.

„Nur fünfzehn Dollar sind drin!“ erwiderte sie matt und ganz verzweifelt.

„Und dabei muß er morgen beerdigt werden!“ rief schon eine Stimme. „Sonst holt ihn das Gesundheitsamt und gibt ihn den Studenten.“

Die Witwe stieß einen wilden, gellenden Schrei aus, erhob sich auf die Knie und umklammerte die Hand des Mannes. „Um Gottes Barmherzigkeit willen, — begrab ihn auf dem Friedhof! . . . Von Montag ab geh ich arbeiten, und dann zahl' ich alles, — ich schwöre es!“

In der Qual der Ungewißheit schwieg der Gesang jetzt wirklich für einige Sekunden. Alles wartete gespannt, — nur die weit aufgerissenen Augen, die den Mann anstarrten, fielen stumm. Sofort ließ der seine sachliche, berufsmäßige Art.

„Schon gut, Schwester!“ sagte er einfach. „Mit Sarg und Wagen kostet's mich zwar selbst mehr als fünfundsiebzig, — aber man muß sich gegenseitig helfen! . . . Haltet euch also morgen früh um acht alle bereit, denn es ist ein weiter Weg nach dem Friedhof!“

(Fortsetzung folgt.)

# Verse können Stahl erzeugen.

## Vom Nachprüftrupp „Prawda“.

**Vorbemerkung:** Der nachfolgende Bericht schildert die Tätigkeit eines Trupps der Brigaden der Sowjet-Schriftsteller. Diese bilden ein neues Kennzeichen der Sowjet-Herrschaft.

Jede Brigade umfaßt fünf bis zwölf kommunistische oder sympathisierende Schriftsteller. Die Brigaden unterstehen in vollem Umfang der Konfederation der Sowjet-Schriftsteller, einer offiziellen Vereinigung, die mit den Regierungsstellen in enger Verbindung steht. Diese können jederzeit eine bewegliche Brigade an jeden beliebigen Platz schicken, um schriftliche oder mündliche Propaganda zu machen, der Einweihung eines neuen Werkes beizuwohnen, einen neuen Sieg auf irgend einer „Front“; im Ackerbau, in der Industrie, auf künstlerischem oder sonstigem Gebiet, zu besingen. Nach ihrer Rückkehr zum Sitz der Konfederation müssen die Schriftsteller einen Bericht über ihre Arbeit machen. Der folgende Bericht eines der bekanntesten Autoren wurde in der „Literaturzeitung“ veröffentlicht; unsere Wiedergabe ist aus der Esperanto-Zeitschrift „Nova Epoko“ übersetzt.

Ich befinde mich in Dnjepropetrowsk und bin sehr beschäftigt. Die Tage vergehen voller Erregung, Kämpfen, drängender Aufgaben und hinreißender Arbeit. Die Zeitung „Prawda“ prüft die gigantischen Hüttenwerke am Dnjepr nach. Denn sie haben dem Lande zum festgesetzten Datum nicht die 125 000 Tonnen Metall abgeliefert. Nun gibt es für die Schuldigen keine Ruhe mehr. An allen Hochöfen, in allen Gießereien und Werkstätten wird agitiert. — 125 000 Tonnen, Genossen. Das ist zu viel, das geht nicht!

Ich bin Teilnehmer beim Nachprüftrupp „Prawda“. Mit fünf Mann kamen wir an. Aber aus diesen fünf wurde bald ein Dutzend; das Dutzend verwandelte sich in achtzig, um in wenigen Tagen auf vierhundert anzuwachsen. Jeden Tag von morgens sechs bis Mitternacht ist das Stabszimmer unseres Nachprüftrupps von Arbeitern gefüllt, die von überall her kommen. Sie bringen uns die unterschiedlichsten Mitteilungen über Unordnung in der Produktion, über ohne berechtigten Grund verlorene Zeit, über Systemlosigkeit bei der Arbeit, über Saboteure (mit Absicht Pfuschende), über hartnäckige Faulenzer und alle anderen, die uns Knüppel in die Räder werfen!

Aus diesen Arbeitern, die zu uns kommen, bilden wir regelmäßig Abteilungen, die wir dorthin schicken, wo die Arbeit am meisten Not leidet. Eine solche Abteilung prüft die Arbeit der Kommunisten in der Fabrik, eine andere registriert die in allen Richtungen zerstreuten Werkstätten. Die dritte kontrolliert die Nacht-Produktion. Die vierte beschäftigt sich ausschließlich mit der Fabrik-Kooperative. Schwärzungen, Telefonanrufe, Freiwillige kommen und gehen, und lassen uns auch nicht eine Minute zum Ruhen. Überall Zusammenkünfte, in den Werkstätten, beim Parteikomitee, beim „Nachprüftrupp“.

Ich tue die gleiche Arbeit wie alle meine Kollegen. Das heißt: ich besuche die Werkstätten, ich unterhalte mich mit den Genossen, ich mache Nachtspektion; ich spreche in den Konferenzen. Mein Tag ist im Uebermaß ausgefüllt.

Ich bin Teilnehmer beim Nachprüftrupp „Prawda“; aber gleichzeitig bin und bleibe ich Dichter. Ich würde mich krank fühlen, wenn jemand daran dächte, diese beiden Elemente zu trennen. Aber hier gibt es keine Unverständigen. Ich beteilige mich an der gemeinsamen Arbeit und gleichzeitig arbeite ich für die Zeitung „Der Angreifer“, wo ich meine berufsmäßige Waffe anwende.

Tatsachen dringen auf die Zeitung „Der Angreifer“ ein, und sie fordern präzise Maßnahmen und Taten. Für uns gibt es keine Unordnung allgemeinen Charakters. Keine allgemeinen Gründe! Gründe müssen Namen und Vornamen haben. Unerbittlich persönliche Verantwortung! Und ebenso persönliche Kritik!

Der Untermeister GUKOW hat die Bessemer-Birne einundeneinhalb Stunde ohne Arbeit gelassen, und in meiner Eigenschaft als Dichter widme ich ihm einen Spottvers. Der Verwalter des Konsums, A. ZAWOROTNIJA, übervorteilt die Arbeiter beim Rechnen. Spottvers! Die Verwaltung einer Werkstatt ließ das Dach während eines Regens reparieren, wodurch die Feuer ausgelöscht wurden und ein Schaden von Tausenden von Rubeln entstand. Spottvers! Der Untermeister WOLKOFF, der Brigadier DROSNOF und der Arbeiter KARPIN haben eine Birne bei einer Temperatur von 110 Grad ausgebessert. Eine Ode zu ihrer Ehre! Die Werkstätten 10 und 15 wetteifern um die Zahl der fertiggestellten Stücke! Ode!

Die Tatsachen dringen auf den „Angreifer“ ein und auch auf mich und fordern sofortigen Gegenangriff. Und alles um uns ist aufgehoben, um diese Tatsachen zu beseitigen, um gegen den Feind zu ringen, um die Systemlosigkeit zu bekämpfen, um die Tapferen zu ermutigen, um Heldenhaftigkeit zu besingen. Spottverse, Oden, Vorwürfe, Aufrufe werden auf der Stelle abgefaßt, in unsere wandernde Druckerei geschickt und dort in wenigen Augenblicken gedruckt. Dünne, bedruckte Papierstückchen werden auf Streichholz-, auf Zigarettenschachteln wie auch auf Milchflaschen aufgeklebt; das sind unsere durchschlagenden Waffen! Die Mauern, die Hauseingänge, die Schornsteine, Fahrzeuge werden mit Plakaten, mit Parolen bedeckt. Es ist unmöglich, sich im Konsum etwas zu kaufen, ohne mit der Ware ein dünnes Blättchen zu erhalten, das die eine solche Tatsache mitteilt, einen Erfolg, eine schlechte Arbeitsleistung, oder einen solchen Namen. Kannst du dir vorstellen, welche Wirkung ein großes Schreiben im Mittelpunkt des Arbeiterdorfes hat?

„Bürger, wißt ihr, daß in eurer Straße, dort und dort, ein großer Faulenzer, N. N. N., wohnt?“

Das Plakat ist von einer dichten und erregten Menge umgeben. Man kann fast sagen, sie alle, das ganze Dorf fühlt sich beschämt.

Nun, ich schaffe Gedichte, Spottverse, Losungsworte. Der Sinn der Arbeit ist klar. Wir haben überall Feinde. Gegenrevolutionäre. Sie sind stark! Gewitzt! Sehr geschickt. Auch dichterisches Talent mangelt ihnen nicht! Sie schreiben Verse:

„Wir haben kein Fleisch, keine Butter, doch statt dessen den Fünfjahr-Plan!“

Oder: „Unser Magen ist leer, zerrissen die Schuh, doch trotzdem floriert der Fünfjahr-Plan!“

Wir müssen also antworten und ich verfasse eine Parole etwa wie die folgende:

„Jeder, der seinen Verstand noch nicht eingebüßt hat, begreift ohne weiteres: wenn wir erst Stahl haben, werden wir auch Butter haben.“ (? Red.) Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß es in diesem Bezirk keinen Arbeiter gibt, der dies Losungswort nicht kennt. Wir haben also unser Ziel erreicht.

Unter den Arbeitern diskutiert man: „Welche Strafe muß einen Kommunisten treffen, und welche einen Parteiloseren, die beide wegen des gleichen Vergehens schuldig sind?“

Man wendet sich an uns. Unser Grundsatz ist klar und einfach:

„Wir arbeiten alle wie im Krieg. Folglich ist ein Kommunist doppelt verantwortlich.“

Unsere immer gereimten Spottverse haben direkte und sofortige Wirkung: sie werden auswendig gelernt und sogar

gesungen. Ich verstehe sehr gut die Schöpferfreude eines Dichters, der den Kontakt mit seiner Zuhörerschaft fühlt. Aber unsere Freude ist doppelt so groß, vierfach, unausdrückbar. Verse machen Stahl. Und das Land braucht Stahl. — Hier ein Auszug aus den Mitteilungen des Parteikomitees:

„Nach der Erwähnung im ‚Angreifer‘ arbeiten der Untermeister GUKOW und seine Brigade sehr gut. Er erklärt: ‚Um diesen Makel auszuwischen, will ich arbeiten, bis ich umfalle, wenn ich nur Erfolg habe.‘“

„Man erzählt, daß ein anderer Untermeister sich eine Milchflasche kaufte. Auf dieser war ein Zettel aufgeklebt mit einem Spottvers auf ihn. Er stieß einen Schrei aus und voller Wut schlug er die Flasche gegen die Schienen.“

Voll Stolz kann ich euch mitteilen, daß wir durch unsere unerbittlichen literarischen Bemühungen dazu beitrugen, die Produktion von Stahl zu vermehren. Ich kann an die Konfederation und an alle meine Freunde berichten, daß ich in den letzten acht Tagen 27 Gedichte und Spottverse schuf und 46 Losungen. Sie werden zusammengefaßt in der Fabrikzeitung „Der Angreifer“ erscheinen. Das alles ist ja weit davon entfernt, ein literarisches Meisterwerk zu sein. Das ist nur ungelene Niederschrift der revolutionären Arbeit. Aber der ist kein Dichter, der sie verweigert. Und obgleich sie voller Mängel ist, ist sie eine Tat, und deswegen bin ich glücklich.

Alle Literatur-Organisationen, alle literarischen Gruppen müssen sich mit den Fragen des täglichen Kampfes beschäftigen. Das Land würde uns Untätigkeit niemals verzeihen. Es hat ein Anrecht auf uns. Vorwärts, Schriftsteller und Dichter! Verse können Stahl erzeugen, und Stahl braucht unser Land am nötigsten.

A. Bezimenski.

# Organisierter Kampf oder explosivartige Entladungen?

## Die sozialen Kämpfe des kommenden Frühjahrs.

Unter diesem Thema schreibt E. A. WILHELM in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Marxistische Tribune“ Nr. 5 vom 1. März 1932 einen Aufsatz, in dem er dafür eintritt, daß die Gewerkschaften die Kämpfe des Frühjahrs führen müssen und führen können. Dies Urteil, das mit dem unsrigen übereinstimmt, das wir bisher im „Funken“ vertreten haben, ist um so mehr von Bedeutung, als die Redaktion der Zeitschrift von dem Verfasser sagt: er „wirkt an führender Stelle in der Gewerkschaftsbewegung. Seine Ausführungen beanspruchen insofern besondere Beachtung, als sie mit Nachdruck auf die Unvermeidlichkeit der Steigerung gewerkschaftlicher Aktivität im Zusammenhang mit den Auswirkungen der 4. Novorderordnung hinweisen.“

WILHELM kritisiert die Tarifpolitik der Regierung, die darauf gerichtet ist, größere Tarifgebiete zu zerschlagen. Vor allem aber darauf gerichtet ist, Ausnahmestellungen für einzelne Betriebe zu schaffen, die besonders notleidend sind, indem die Bestimmungen der Tarifverträge selber Ausnahmen in der Lohngestaltung zulassen.

Das bedeutet Zerschlagung unseres Tarifsystems, da die Regierung das Zustandekommen von Tarifverträgen nicht mehr fördern und die Gestaltung des materiellen Inhalts der Verträge weitgehend dem von den Arbeitgebern auszuübenden Druck überlassen will.

WILHELM sagt dann: „Wir haben aber nicht den Glauben, daß dieses Spiel gelingt. Die Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften ist infolge der Wirtschaftskrise geschwächt. Sie ist aber nicht so geschwächt, daß sie sich dem Diktat der Unternehmer . . . unterwerfen müßten; denn den Organisationen

der Arbeiterklasse ist für das künftige Ringen um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Helfer erstanden, der durch alle Absichten und Pläne einen Strich machen kann. Die Arbeiterklasse sieht aus dem Elend unserer Tage keinen Ausweg, wenn nicht eine Umgestaltung des heutigen Wirtschaftssystems erfolgt. Wird das soziale Lebensniveau noch tiefer herabgedrückt, als es schon geschehen, so entsteht eine Verzweiflungsstimmung, die zu explosivartigen Entladungen führen kann, auf alle Fälle aber die Arbeiterklasse zu entbehrungsreichsten Kämpfen bereit städt. Die Gewerkschaften können, wenn der Bogen überspannt wird, Abwehrkämpfe größten Ausmaßes führen trotz ihrer Schwächung durch die Wirtschaftskrise. Daß es sich bei diesen Kämpfen des kommenden Frühjahrs um eine Schicksalsfrage der Gewerkschaften handelt, bedarf keiner Betonung.“

Mit dieser Beurteilung sind wir einverstanden. Nur darf man auf keinen Fall vergessen, daß eine weitere Herabdrückung des Lebensniveaus, das die Gewerkschaften zulassen — etwa durch weiteren Lohnabbau — zu einer Stimmung führen kann, die den Gewerkschaften die Führung eines wirklichen Kampfes überhaupt unmöglich macht. Auch über die „explosivartigen Entladungen“ darf sich niemand Täuschungen hingeben — sie können durchaus der Reaktion sehr nützlich sein.

Die Gewerkschaften dürfen auf keinen Fall irgendeinen Lohnabbau mehr kampflos hinnehmen; hier handelt es sich tatsächlich um ihre Schicksalsfrage. F. G.

# Die Stellung der SAP zur Arbeit in den Gewerkschaften.

F. G. In der „SAZ“ vom 16. April wird jetzt die Stellung der SAP zu den Gewerkschaften veröffentlicht. Wir entnehmen dem eine ganze Seite umfassenden Dokument die beiden entscheidenden Abschnitte über die Stellung zur RGO und zur Fraktionsbildung:

„Der dringende Kurswechsel in den Gewerkschaften kann jedoch nicht durch eine Politik im Sinne der RGO herbeigeführt werden. Ueberreiche Erfahrung beweist, daß durch die Gründung von Splittergewerkschaften, durch die Versuche, die gewerkschaftlichen Kämpfe ohne und gegen die Gewerkschaften zu führen, die katastrophale Situation in den Gewerkschaften nicht gebessert, sondern verschlechtert wird. Die verschiedenen RGO-Organisationen sind hilflose Gebilde, außerstande, die hochgespannten Erwartungen ihrer Mitglieder zu befriedigen. Im Endeffekt läuft die RGO-Politik auf eine Förderung der Spaltung der Arbeiterbewegung, auf eine Begünstigung der Passivität, auf die Vernichtung der Opposition innerhalb der Gewerkschaften und somit auf eine Stärkung des Reformismus hinaus.“

Um die heute der revolutionären Arbeiterschaft gestellten Aufgaben in den Gewerkschaften erfüllen zu können, ist es notwendig,

daß die revolutionär gesinnten Mitglieder in jeder Gewerkschaft einheitlich und geschlossen auftreten. Zu diesem Zweck müssen sich die Parteimitglieder in allen Verbänden zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen.

Das ist notwendig, um die konkreten Aufgaben in den einzelnen Gewerkschaften gemeinsam herauszuarbeiten und ein einheitliches Auftreten in allen Fragen und bei allen Gelegen-

heiten zu ermöglichen. Darüber hinaus gilt es, alle oppositionellen Arbeiter, die gewillt sind, den Kampf für die Revolutionierung, Stärkung und Rettung der Gewerkschaften mitzumachen, zusammenzufassen,

um einen möglichst breiten linken Flügel in der Gewerkschaftsbewegung zustande zu bringen.“

Der zweite Abschnitt enthält deutlich die Aufforderung zur Fraktionsbildung, unter Verneinung des Wortes „Fraktion“. Dafür tritt jetzt das Wort „linker Flügel“ auf, früher: „linke Fraktion“. Es ist erstaunlich, mit welcher Kurzsichtigkeit die Aufgabe, die innerhalb der Gewerkschaften zu erfüllen ist, immer wieder in ihrer Einfachheit verkannt wird. Nämlich die Aufgabe, die Mitglieder in den Gewerkschaften dahin zu bringen, daß sie die wirksame Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Forderungen durch die Gewerkschaft verlangen. Das „einheitliche und geschlossene Auftreten“ der „revolutionär gesinnten“ Mitglieder ist dabei weniger wichtig, als daß sie überhaupt auftreten. Da liegt nämlich die ganze Schwierigkeit der zu lösenden Aufgabe. Für die Lösung dieser Aufgabe aber ist es denkbar ungünstig, einen Parteienkampf um die Posten zu entfesseln und die Versammlungen damit zu veröden. Gegen solche Verödung, wie sie der Kampf der Fraktionen mit sich bringt, schützt am besten die Beseitigung jeder Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und das Eintreten für die strengste Beachtung der parteipolitischen Neutralität. Davon steht leider kein Wort in den Richtlinien. Es bleibt also seitens der SAP bei dem alten kommunistischen Stil der Fraktionsarbeit — das haben wir jetzt dokumentarisch.

## Die Arbeit im Brüxer Gebiet wieder aufgenommen.

k Prag, 20. April.

Sowohl in den Gruben des Mährisch-Ostrau-Karwiner Kohlenreviers als auch in den Schächten des nordwestböhmisches Reviers sind die Belegschaften am Mittwoch wieder vollzählig zur Arbeit erschienen. Der Obmann der Zentralstreikleitung, der am Dienstag verhaftet wurde, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

## Frauen wandern aus.

Die Zahl der auswandernden Frauen ist stark gestiegen. Im Jahre 1913 betrug der Anteil der Frauen an der Auswanderung nur 33,9 Prozent, in den Jahren 1928 bis 1930 waren es 46 bis 48 Prozent. Hinzu kommt, daß die Zahl der Frauen, die auf eigene Faust auswandern, erheblich gestiegen ist. Früher wanderten die Frauen mit ihren Eltern oder mit ihren Männern zusammen aus. Heute gehen 75 Prozent der auswandernden Frauen auf eigene Faust los.

## Arbeiterfrauen, die goldene Uhren hamstern.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, ein schwerindustrielles Kapitalistenblatt, erdreistet sich zu folgender Behauptung:

„Vergessen wir nicht, daß in den kritischen Julitagen 1931 es Arbeiterfrauen waren, die nach verschiedenen Erhebungen die Juwelierläden gestürmt und goldene Uhren u. s. w. als Sachwertanlage im Dutzend gehamstert haben.“

Wir wären der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ dankbar, wenn sie uns die Orte in Deutschland nennt, wo die Arbeiterfrauen eine solche Kaufkraft entfaltet haben. Sie wird diese Orte nicht nennen können, sie wird den Beweis für ihre Behauptung nicht erbringen können, die sich als eine tolle Unverfrorenheit entpuppt. Wozu dieser ganze Schwindel? Weil selbst viele Unternehmer gewisse moralische Bedenken haben, Löhne und Unterstützungen noch weiter zu senken. Man muß ihnen erst vorschwindeln, daß es den Arbeitern noch zu gut geht, daß sie goldene Uhren hamstern können, dann erst verschwinden die letzten Hemmungen, und Lohnsenkungen werden von Unternehmenseite mit dem nötigen Nachdruck verlangt.

## Preußens „dringlichste Aufgabe — nach der Wahl“.

Der Finanzminister verspricht den Gemeinden Hilfe.

i Kiel, 20. April.

Finanzminister KLEPPER machte am Dienstag in Kiel über die Absichten des Preußenkabinetts nach der Wahl folgende Angaben: Die preußische Regierung halte es für die dringlichste Aufgabe, die Gemeindefinanzen zu sanieren unter Uebernahme der Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen auf Preußen und das Reich. Dies sei nur möglich, wenn gleich-

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** (Bezirk Neukölln): Donnerstag, 21. April, um 20 Uhr, Restaurant Roß, Allerstraße 40 (Ecke Weisestr.). Thema: Neuer Lohnabbau — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

## HAMBURG:

**Barmbeck:** Freitag, den 22. April, 20.15 Uhr, im Volkshaus, Marschnerstr. 36.

**Eimsbüttel:** Sonnabend, den 23. April, 20.15 Uhr, im Volkshaus, Eichenstraße 61.

Freie Aussprache!

Eintritt freil!

zeitig durch organisierte Arbeitsbeschaffung und Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der Erwerbslosen um mindestens eine Million gesenkt wurde. Die Kosten für die Unterstützung der übrigbleibenden Erwerbslosen sollten durch eine Sonderabgabe auf die höheren Einkommen gedeckt werden. Entsprechende Gesetzesentwürfe würden im preußischen Finanzministerium vorbereitet. Sie sollten so bald wie möglich dem Kabinett unterbreitet werden. Die endgültige Genehmigung der Sonderabgabe müsse natürlich durch das Reich erfolgen.

Wir werden sehen — nach der Wahl.

## Der Fehler liquidiert.

Die badische KP-Fraktion.

a Karlsruhe, 20. April.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung, vor Eintritt in die Tagesordnung, gab der kommunistische Abgeordnete Bock bekannt, daß der Antrag auf „Reichsbanner“-Verbot zurückgezogen sei.

Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der bisherige Vorsitzende der Landtagsfraktion der KPD, Abgeordneter LECHLEITER, seines Amtes als Fraktionsvorsitzender und Parteifunktionär enthoben worden ist. Fraktionsvorsitzender ist jetzt der Abgeordnete KLAUSMANN.

Ueber die außergewöhnlich schmutzige Art, in der der „Abend“ von heute den Fall nochmals an der Spitze des Blattes behandelt, teilen wir nichts Näheres mit.

## Fridericus — Braun!

Ein „Vorwärts“-Lakalenstück.

Der „Vorwärts“ bringt die folgende Darstellung zur Kenntnis seiner Leser:

„Durch einen hier nicht weiter interessierenden Zufall kam Adolf Hitler auf ein paar Stunden zu Besuch in den Himmel. Selbstverständlich ließ er sich die Gelegenheit nicht entgehen, auch den „Alten Fritz“ zu besuchen und ihm Vortrag zu halten über die derzeitigen Verhältnisse in Preußen. (Unnütz hinzuzufügen: „Wie Er, Adolf Hitler, sie auffaßt.“) Interessiert hörte Friedrich der Große zu. Insbesondere zeigte er lebhaftes Interesse für die Zustände in Preußen. Sieh in immer größere Erregung hineinredend, erzählte Adolf aus Braunau, wie Preußen vom Marxismus vernichtet werde. Aber seine braune Armee werde, fügte er pathetisch hinzu, den „Obermarxist“ Braun und seine Clique in Bilde stürzen. Da sprang Friedrich II., der bis dahin ruhig zugehört hatte, auf und donnerte: „Halt Er's Maul! Dieser eine Braun hat für Mein Preußen mehr getan als Seine ganze braune Armee.“ Ein temperamentvolles Schwingen des Krückstocks bedeutete dem großen Osaf, daß mit dieser eindeutigen Feststellung Friedrich II. die Unterredung als beendet ansah...“

Danach sollte man wirklich glauben, der Alte Fritz sei ehemals braver SPD-Mann gewesen. Man sieht, zu welcher Art von Benehmen der Wahlkampf herausfordert: Für jede Gruppe der Bevölkerung, auch für die Monarchisten, muß man als Wahlstimmenfänger einen passenden Schmus — nicht etwa Gründe für die Wahl — bereit haben. Das führt bei dem „Vorwärts“ wie bei allen haltlosen Individuen zu jener perversen Beschäftigung, die man bei ihm gewohnt ist — und die wir hier leider nicht so treffend kennzeichnen können, wie das dem Volksmund zwar derb, aber richtig in einem Wort möglich ist.

## Die Harburger Gaswolke.

q Harburg-Wilhelmsburg, 20. April.

Seit Tagen gehen durch die Presse widersprechende Meldungen über eine rätselhafte Gaswolke, die auf einem Harburger Dampfer Gaserkrankungen hervorgerufen hat.

Die neueste Meldung lautet: Der Kapitän und die Besatzung des Dampfers „Courier“ glauben nicht, daß es sich um die Abgase des Dampfer-

schorinsteines handelt, sondern sind der Meinung, daß die Ausdunstungen von einem Hamburger Werk stammen. Ein kaufmännischer Angestellter, der am Sonntag morgen um die fragliche Zeit mit dem Zuge nach Hamburg gefahren ist, hat bekundet, daß er beim Einfahren des Zuges in den Bahnhof Veddel eine dicke gelbliche Rauchwolke aus einem Fabrik-schorstein habe aufsteigen sehen. Die Wolke sei von dem Nordostwind der Elbe zugetrieben worden.

Das Erscheinen dieser Gaswolke erregte Aufsehen, weil der Verdacht auf die chemische Fabrik STOLZENBERG auf der Elbinsel Peute fiel. Von dieser Fabrik ging die Phosgenkatastrophe im Mai 1928 aus, die 12 Tote und 90 Schwerverletzte kostete.

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 22. April.

**Hamburg:**  
16.00 Dr. WEGGOLD: Meine Erlebnisse auf der Tibet-Expedition.

**Königs wusterhausen:**  
18.30 von RICHTHOFEN-BOGUSLAWITZ: Extensiv und intensive Landwirtschaft, zwei Schlagworte und ihr Inhalt.  
19.30 Min.-Rat JOACHIM: Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

**Leipzig:**  
22.40 Ausgewählte Fabeln für Sopran und Cembalo von J. S. BACH.

**München:**  
18.45 Dr. JUL. MARCUSE: Moden und Methoden der Heilkunde.

**Wien:**  
19.35 Konzert der Staats-Akademie für Musik und bildende Kunst.

**Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):**  
20.00 LENIN-Abend.

Sonnabend, den 23. April.

**Berlin:**  
19.10 MARKUS-Passion von J. S. BACH.  
21.10 JOHANN-STRAUSS-Stunde.

**Hamburg:**  
18.25 Dr. MARTE BRILL: Die Wandlung in der indischen Baumwollwirtschaft.

**Langenberg:**  
19.35 Prof. REICHENBACH: Das physikalische Weltbild der Gegenwart.

**Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):**  
20.00 Der erste Mai und die II. Internationale.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5919. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Als Ergänzung unserer Artikel-Serie über

## Sowjet-Rußland

empfehlen wir die Lektüre folgender im „ISK“ veröffentlichten Aufsätze:

HELLMUT RAUSCHENPLATZ

Das Wirtschaftsprogramm des ISK und Sowjet-Rußland.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Die Todesgefahr des Sozialismus in Rußland.

Einige Lehren der russischen Revolution.

Erfreuliche und unerfreuliche Nachrichten aus der Sowjet-Union.

Wohin treibt Sowjet-Rußland?

Einzelheft 20 Pf. — Die deutsche Ausgabe des „ISK“ erscheint monatlich und kostet 20 Pfennig ausschließlich Porto.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

## Naturreiner, echter Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75  
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-Reformhaus  
Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104.

## Erstklassige Maßarbeit

Herrn-Anzüge • Damen-Mäntel

Mäntel • Kostüme

III Tadellos 511 III

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.

Stoffmuster vorrätig.

## BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung

von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.

Telefon: 25 43 42

## Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

## Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen.

## Otto Pfothauer

Weimar, Höhrstraße 40

Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wird finanziell  
Sammelt Anzeigen!  
Bewirkt bei Einzelnen  
unsere Interessen!

## A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 6471

druckt Flugblätter,  
Zeitungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen

## Ahasvers

## Wanderung und Wandlung

Ein Märchenroman von Heinrich Nelson.

837 Seiten, M. 1,—.

Wer in ein paar Stunden durch die Weltgeschichte wandern will, der greife zu diesem Buch, von dem die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ vom 15. November 1924 sagt:

„In dem vorliegenden Buche wird die alte Legende vom ewigen Juden neu umgestaltet. Mit einem enormen Wissen, ohne irgend welchen Gelehrtenstolz, schildert der Verfasser verschiedene Momente, in denen seine Phantasie Ahasver eine Rolle spielen läßt. Mehr als literarische Bedeutung hat daher dieses Werk mit seinen scharfsinnigen, originellen historischen Auffassungen, meines Erachtens wissenschaftlichen Wert.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

## Das Irische Treueidgesetz in erster Lesung angenommen.

q Dublin, 20. April.

Vor dem dichtbesetzten irischen Landtag brachte am Mittwoch nachmittag der irische Ministerpräsident de VALERA das angekündigte Gesetz über die Abschaffung des Treueides ein. Danach sollen die Landtagsabgeordneten von der Ablegung des Treueides zur englischen Krone beim erstmaligen Zusammentritt des Landtags nach den Neuwahlen entbunden werden. Das Gesetz wurde nach kurzer Verhandlung in erster Lesung angenommen. Der Fraktionsführer der COSGRAVE-Partei erklärte, daß seine Partei die Vorlage in erster Lesung annehme. Sie behalte sich jedoch vor, zu einem späteren Zeitpunkt einen Zusatzantrag zu stellen, wonach zunächst Verhandlungen mit der englischen Regierung über die Treueidfrage geführt werden sollen, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird. Falls dieser Zusatzantrag nicht angenommen werde, werde die COSGRAVE-Partei das Gesetz in allen weiteren Abschnitten bekämpfen. Die zweite Lesung des Gesetzes findet am kommenden Mittwoch statt.

## Amerika verschickt Schuldscheine.

f Washington, 21. April.

Im Zusammenhang mit der großen Aussprache über die Schuldenfrage wird bekannt, daß das amerikanische Staatsdepartement Ende des letzten und Anfang dieses Monats an 14 Schuldnerländer Schuldscheine im Gesamtbetrag von 246 Millionen Dollar, die durch das Hoover-Jahr gestundet worden waren, zur Unterschrift übersandt hat. Es ist bezeichnend, daß diese gerade jetzt veröffentlicht wird, bzw. eine neue Opposition gegen die Schuldentrostung wach wird. Der gestundete Jahresbetrag soll innerhalb von zehn Jahren, beginnend mit dem Juli 1933, bei einem Zinsfuß von 4 Prozent, zurückgezahlt werden. Solche Noten gingen an Belgien, Tschechoslowakei, Estland, Finnland, Frankreich, England, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Südslawien und Deutschland.

## Schluß in Innsbruck.

r Innsbruck, 20. April.

Die Internationale Handelskammer schloß ihre Tagung mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung, in der noch einmal die Notlage der Donauländer erörtert, die Notwendigkeit schneller Hilfe betont, die Berücksichtigung der Handelsinteressen der mit den Donaustaaten Handel treibenden Großmächte anempfohlen und zuletzt beschlossen wird, das Konferenzbüro der Handelskammer zu ergänzen und dauernd beizubehalten. Dieses Büro soll die begonnenen Arbeiten fortsetzen.

Das ist nun die zweite internationale Donau-Konferenz, die anfang und endete mit der Einsicht, daß den Donauländern nun endlich geholfen werden müsse.

Die Ueberschwemmungen an der Save scheinen ihr höchstes Ausmaß erreicht zu haben. In dem unabsehbaren Ueberschwemmungsgebiet vollzieht sich nun ein stilles, aber furchtbares Drama. Die Häuser stürzen nach und nach ein und verschwinden in den Fluten. Wie die „Pravda“ berichtet, sind besonders vom Orte Ratscha nur noch wenige Überreste zu sehen. Man befürchtet, daß bis Donnerstag früh auch die letzten Häuser zusammengebrochen sein werden, sodaß auf der uferlosen Wasserfläche kein Zeichen mehr an das Vorhandensein dieses Ortes erinnert.

Die Behörden stehen der Not der Bevölkerung fast hilflos gegenüber, da es an Geldmitteln mangelt. Man schätzt den Materialschaden im Ueberschwemmungsgebiet bereits auf rund eine Million Mark.

Am Dienstag wurde der gesamte Verkehr auf der Transanden-Eisenbahnlinie zwischen Argentinien und Chile, die in englischem Besitz ist, eingestellt. Eine Reise von Argentinien nach Chile ist nur noch auf dem Luftweg möglich. Die Einstellung des Verkehrs wurde bereits vor kurzem in einem Ultimatum der Gesellschaft an die chilenische Regierung angekündigt, weil diese den Zollkrieg mit Argentinien nicht beenden wollte, durch den die Frachteinahmen der Bahn um rund eine Million Pfund zurückgegangen sind. Wie das chilenische Eisenbahnministerium mitteilt, sind Maßnahmen getroffen worden, um einen Kraftwagen- und einen Eisenbahn-umgehungsdienst nach Argentinien einzurichten.

## Der russische Gewerkschaftskongreß eröffnet.

In Moskau wurde am Mittwoch der Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion eröffnet. Auf der Tagesordnung standen politische und wirtschaftliche Fragen, über die Entwicklung der Sowjetunion im Jahre 1931/32. Die erste Rede hielt der Generalsekretär der Gewerkschaften, SCHERNIK, über die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion und die Rolle der Gewerkschaften. Ferner hielt MOLOTOW eine längere Rede.

In der gestrigen Eröffnungssitzung des 9. Gewerkschaftskongresses der Räteunion hielt MOLOTOW eine längere Rede, in der er zunächst auf die Rolle des ersten Fünfjahresplanes und die Aufgabe der Gewerkschaften im zweiten Fünfjahresplan einging. Danach erklärte MOLOTOW über die außenpolitische Lage, daß die Imperialisten im Fernen Osten die Vorbereitungen für den Angriff auf den Rätebund bereits so gut wie abgeschlossen hätten. Es bestehe heute kein Zweifel mehr, daß zwischen dem japanischen Generalstab und verschiedenen Generalstäben in Europa engste Verbindung bestehe. Die japanischen Imperialisten hätten keine Bedenken gehabt, die Mandchurei zu besetzen und dadurch einen schweren Konflikt heraufzubeschwören. Die Räteunion verfolge nach wie vor eine Friedenspolitik, sie könne sich jedoch Herausforderungen nur bis zu einer gewissen Grenze gefallen lassen.

MOLOTOW betonte sodann, daß die Interventionen vor 12 Jahren unter günstigeren Umständen für die Imperialisten durchgeführt worden seien. Heute seien die Umstände für die Imperialisten wesentlich ungünstiger. Die Ereignisse der letzten Jahre hätten gezeigt, daß die Sowjetunion über wirkliche Massen verfüge, die ihrer Aufgabe voll gewachsen seien. Die Rote Armee stehe an den Grenzen und werde sämtliche Angriffe abzuwehren wissen. Sie stütze sich auf die unbedingt zuverlässige Hilfe aller Werktätigen des Rätebundes, die die Sache des Proletariats bis zum Ende verteidigen würden.

## Prozeß „Felseneck“ beginnt.

Der Anführer der NS nicht unter den Angeklagten.

F. G. Berlin, 20. April.

Vor dem Landgericht III in Berlin begann heute der Prozeß wegen des nationalsozialistischen Ueberfalls auf die Arbeiterkolonie „Felseneck“ im Januar.

Die HUGENBERG-Presse, deren Matern eine unheimliche Menge der ländlichen Kreisblätter überschwemmen, wurde am Vorabend des Prozesses von der Telegraphen-Union mit einem ausführlichen Artikel über die Vorgänge versehen. Der Artikel bemüht sich krampfhaft, aus dem NS-Ueberfall auf die Kolonie einen kommunistischen Ueberfall auf 150 NS zu machen. Die Arbeiterschaft hat also allen Anlaß, darüber zu wachen, was in diesem Prozeß gespielt wird.

Angeklagt sind 6 NS und 18 Kommunisten (nicht 23, wie wir vor einigen Tagen irrtümlich meldeten). Bezeichnend ist, daß der nationalsozialistische Sturmbannführer SCHULZE nicht angeklagt ist, während der Führer des antifaschistischen Kampfbundes, HOHMANN, auf dessen Laube der NS-Angriff mit Steinwürfen begann, auf der Anklagebank sitzt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor BODE. Ankläger ist Staatsanwaltschaftsrat STEENIG.

Gleich nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses stellt der Verteidiger der angeklagten Kolonisten, Rechtsanwalt LITTEN, den Antrag, den angeklagten Kolonisten HOHMANN als Nebenkläger wegen Sachbeschädigung (seiner Laube) zuzulassen. Er wies darauf hin, daß Frau KLEMKE (die Frau des ermordeten Kolonisten) auf Grund der Strafprozeßordnung nicht klagen kann und sagte u. a., daß „der Antrag auf Zulassung der Klage wegen Sachbeschädigung schon am 4. März gestellt worden ist — ohne Erfolg. Wir können von dem Staatsanwalt, der den Mordanführer, Sturmbannführer SCHULZE, nicht auf die Anklagebank gesetzt hat, nicht erwarten, daß er die Aufklärung dieses Mordes sachdienlich vornehme.“

Das Gericht gab dem Antrag LITTENS statt. Dann beginnt die Vernehmung des Angeklagten DORST, der an der Ermordung KLEMKES beteiligt gewesen sein soll. DORST ist seit August 1931 arbeitslos und ist im Oktober 1931 von der KPD zur NSDAP übergetreten. In der Vorunter-

suchung hatte DORST seine beiden Kameraden STRAUCH und SCHWARZ belastet, indem er die bestimmte Aussage machte, daß sie an der Ermordung KLEMKES beteiligt gewesen seien. In der heutigen Vernehmung äußerte er sich viel unbestimmter: er glaube, die beiden seien beteiligt gewesen. Auf Nachfragen des Vorsitzenden mußte DORST zugeben, daß STRAUCH auf dem Nachhausewege nach der Ermordung KLEMKE zu DORST gesagt habe: Den haben wir fertig gemacht!

Die Verhandlung wurde nach einer kurzen Vernehmung STRAUCHS auf Freitag vertagt.

## „Soldaten sind Mörder.“

Doch eine Beleidigung der Reichswehr?

h Berlin, 20. April.

Vor einigen Tagen meldeten wir, daß das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg GROENERS Klage gegen OSSJETZKY, den Schriftleiter der „Weltbühne“, zurückgewiesen hatte. Es entschied, daß TUCHOLSKIS „Weltbühne“-Artikel mit dem Satz „Soldaten sind Mörder“ keine Beleidigung der Reichswehr enthalte.

Auf die Beschwerde des Staatsanwalts gegen diese Entscheidung wurde die Sache erneut verhandelt, und zwar vor der Großen Strafkammer beim Landgericht III in Berlin (Vorsitz: Landgerichtsdirektor RITTER). Die Kammer gab der Klage statt und entschied, daß gegen OSSJETZKY das Hauptverfahren eröffnet werden soll.

Es wird wahrscheinlich in den nächsten Wochen vor dem Schöffengericht Charlottenburg vor sich gehen.

Der Paragraph 211 des deutschen Reichs-Strafgesetzbuches lautet:

„Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.“

## Die Polizeiaktion gegen Kommunisten.

h Berlin, 20. April.

Ueber das Ergebnis der Haussuchungen in Berlin hauptet der Polizeipräsident, sie hätten den Nachweis der illegalen Fortführung des Roten Frontkämpferbundes erbracht. „Ueber den Umfang und die Bedeutung des Fortsetzungsversuches kann im Augenblick noch nichts gesagt werden.“

Auch aus den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade melden amtliche Stellen das illegale Weiterbestehen des RFB.

## Urteile gegen Kommunisten.

k Leipzig, 19. April.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Techniker HOFFMANN aus Hamburg wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust;

den Fräser LEHMANN aus Bremen wegen Beihilfe zum Verrat militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust;

den Tischler FINK wegen versuchten Verbrechens des Verrats militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Die Verurteilten standen mit der KP in Verbindung und sollten besonders Marine-Einrichtungen in Wilhelmshaven ausgekundschaftet haben.

c Freienwalde, 20. April.

Das Eberswalder Schöffengericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors ACHILLES hat 34 Eberswalder Kommunisten wegen Landfriedensbruchs verurteilt. Der Landfriedensbruch hat während des „Weihnachtsfriedens“ bei einem Zuge nach Freienwalde stattgefunden.

Die Strafen lauteten auf Gefängnis von einer Woche bis zu sieben Monaten und betragen für die 34 Verurteilten zusammen mehr als sechs Jahre.

## Hitlerjugend auch in Oldenburg aufgelöst.

„Ohne Härte.“

o Oldenburg, 20. April.

Durch Verfügung des oldenburgischen Staatsministeriums ist auch im gesamten Freistaat Oldenburg die HITLER-Jugend verboten worden, weil sie Vorstufe für die SA und in ihren oberen Stellen an die SA angegliedert sei. Das Ministerium bemerkt, daß aller Voraussicht nach in kurzer Zeit die NSDAP dazu übergehen werde, eine neue Jugendbewegung ohne militärischen Charakter zu bilden, was nicht gegen das Gesetz verstoßen dürfte.

Ein wahrhaft wohlwollender Rat, den die Regierung da erteilt! „Die Auflösung soll ohne Härte durchgeführt werden“ hatte ja GROENER angeordnet.

## Strasser soll am Lügen gehindert werden.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet:

„Da der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete STRASSER die von seiten der Reichsregierung richtiggestellte unwahre Behauptung über neue Beamtenehaltskürzungen fortwährend in seinen Versammlungsreden wiederholt, sind jetzt die Landräte und die sonstigen zuständigen Polizeibehörden angewiesen worden, vor jeder von STRASSER abzuhaltenden Versammlung von ihm eine schriftliche Verpflichtung zu verlangen, daß er diese unwahre Behauptung nicht wiederholt. Verweigert STRASSER die Ausstellung dieser Verpflichtung, so ist die Versammlung zu verbieten. Gibt er sie ab und wiederholt trotzdem die erwähnte Behauptung, so ist die Versammlung sofort aufzulösen.“

Endlich! Wir finden aber, daß es ein äußerst umständliches Verfahren ist, das hier angewandt wird. Man stelle sich vor, daß jede nationalsozialistische Wahlüge auf diese individuelle Weise behandelt werden sollte!

## Neue Aufklärung über Boxheim.

Hitler am Inhalt des Dokuments beteiligt.

s Darmstadt, 20. April.

Ueber das Ergebnis der hessischen Haussuchungen, die anläßlich der Auflösung der SA unternommen wurden, wird eine amtliche Mitteilung herausgegeben. Es ist ein für die Aufklärung der Affäre Boxheim interessanter Brief gefunden worden. Darüber lautet die amtliche Mitteilung:

„Es ist hier insbesondere ein Schreiben zu erwähnen, daß der Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Hessen der NSDAP (der Landtagsabgeordnete Dr. BERT) an die Reichsleitung der NSDAP in München gerichtet hat. Es ist bezeichnenderweise mit dem Datum vom 6. September 1931 versehen, woraus hervorgeht, daß die Behauptungen, daß Boxheimer Dokument sei im Zusammenhang mit den Ereignissen im Juli 1931 entstanden, ebenfalls nicht zutreffen dürften. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß

erstens die Boxheimer Dokumente keineswegs eine ‚Privatarbeit‘ des Assessors Dr. BERT sind, wie es seinerzeit von der Reichsleitung der NSDAP hingestellt worden ist; die Boxheimer Dokumente sind demnach vielmehr — wenigstens in wichtigen Teilen — auf Grund von vorheriger Anfrage bei der Reichsleitung der NSDAP und nach Klärung bestimmter Vorfragen mit der Reichsleitung verfertigt worden. Insbesondere ist die Reichsleitung zur Stellungnahme in der Frage aufgefordert worden, ob die Beschlagnahme aller Lebensmittel durch die Nationalsozialisten entschädigungslos oder gegen Requisitionsschein erfolgen solle. . . .

Zweitens: die von niemand ernst genommene Ausrede, daß die Boxheimer Dokumente erst für den Fall eines vor-

ausgegangenen kommunistischen Putsches in Betracht gezogen werden sollten, erscheint nach diesem Schreiben in einem ganz neuen, besonders beachtlichen Lichte . . . Die NSDAP, so heißt es in dem Schreiben, sei nicht verpflichtet, den Erfolg eines solchen Versuches zu verhindern. Der Plan ging vielmehr dahin, die Städte den kommunistischen Umstürzern zu überlassen und sich auf das Land zurückzuziehen, um dann die Städte zu zernieren und die Gelegenheit zu bekommen, um die Reichsgewalt an sich zu reißen.“

## Die Nazi-Post.

Antliches Telegramm zurückgehalten!

H. Lt. Einen Fingerzeig dafür, warum Haussuchungen bei den NS vielfach ergebnislos blieben, gibt uns eine Mitteilung der „Bayerischen Volkspartei-Correspondenz“.

Am 14. April, um 20 Uhr, sandte die Münchener Polizeidirektion an das Bezirksamt Altötting ein schon vorher angekündigtes Telegramm, das die Auflösung der SA anordnete. Der diensttuende Postbeamte in Altötting — ein Nationalsozialist — nahm das Telegramm ab, schickte die Angestellten nach Hause und ließ das Telegramm bis zum 15. April, 6 Uhr, liegen. Als die Gendarmerie-Beamten einige Stunden später die SA-Heime durchsuchen wollten, wurden sie mit Hohnge-lächter empfangen. Sie fanden nichts. Wahrscheinlich hatte der Postbeamte seine Parteigenossen rechtzeitig gewarnt. Eine Untersuchung gegen ihn ist in die Wege geleitet.

# Kapitalistische Kampfmethoden.

Ein neuer Finanzskandal steht zur Diskussion. Es dreht sich um die Ilse Bergbau A. G. Diese Gesellschaft fördert Braunkohlen und ist eine der wenigen heute noch gut rentierenden Unternehmungen. Sie wird von IGNAZ PETSCHKE beherrscht, einem tschechischen Großindustriellen, einem der reichsten Männer Europas.

Die Viag (Vereinigte Industrie-Unternehmungen A. G.) ist die Dachgesellschaft, der die Betriebe des Reiches unterstehen. Das sind unter anderem die Reichs-Kredit-Gesellschaft, die Deutschen Werke in Kiel und insbesondere, was den vorliegenden Fall anlangt, die Elektro-Werke. Das letzte Unternehmen ist einer der größten drei Konzerne in der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Es stellt elektrische Kraft her, insbesondere aus Braunkohlen, und gehört zu dem größten Kunden der Ilse Bergbau A. G.

Im Zusammenhang mit dieser Geschäftsverbindung hatte die Viag einen größeren Posten von Ilse-Aktien erworben. Von den 280 817 Stimmen, die auf der Generalversammlung der Ilse am 19. April vertreten waren, entfielen 50 788 Stimmen auf die Viag, also 18 Prozent der Stimmen. Das ist ein sehr großes Minderheits-Interesse; und für gewöhnlich hätte ein derartiger Großaktionär schon längst eine Vertretung im Aufsichtsrat bekommen, zumal wenn er, wie die Viag, obendrein einer der größten Kunden des Unternehmens ist. Nichtsdestoweniger ist der Antrag der Viag, daß sie 2 Vertreter in den Aufsichtsrat (bestehend aus 15 Mitgliedern) entsenden dürfe, von der Verwaltung der Ilse und der durch sie beherrschten Stimmenmehrheit in der Generalversammlung abgelehnt worden. Wie der Bankier NUNBERG in der erregten Debatte bemerkte, hat sich PETSCHKE in anderen Fällen anders verhalten. Bei den Hohenlohe-Werken habe man der öffentlichen Hand 3 von 16 Aufsichtsrats-Posten angeboten, obwohl sie nur 8 Prozent der Aktien besaß. Warum diese verschiedene Behandlung?

## Gewinnschiebungen.

Wie in der Debatte erwähnt wurde, sind Zweifel laut geworden, ob PETSCHKE seine Herrschaftstellung bei der Ilse in völlig sauberer Weise erworben hat. Nach den Erklärungen von Rechtsanwalt NETTER, dem Vertreter der Viag, hat der Landtagsabgeordnete SCHIFTAN (Deutsche Volkspartei) festgestellt, daß PETSCHKE objektiv anfechtbare Mittel verwandt habe. Auch ist der Aktienbesitzer der Viag mindestens nicht kleiner als der Aktienbesitzer PETSCHKEs.

Vor allem aber dreht es sich um die Frage, ob sich PETSCHKE nicht ungebührlich bereichert auf Kosten der anderen Aktionäre der Ilse. Dies wäre auf folgende Weise möglich. Die Großhandelsrabatte im Ostelbischen Braunkohlen-Syndikat, dessen Mitglied die Ilse ist, sind außerordentlich hoch. Das haben zwei amtliche Kommissionen, die SCHMALENBACH und die SUSAT-Kommissionen, festgestellt. Solange die Handelsgesellschaften — insbesondere drohte es sich in der Debatte um die AUGUST SCHMIDTS-Gesellschaft — der Ilse gehörten und also seine Werkhandelsgesellschaften waren, solange also deren Gewinne der Ilse zufließen, war es für die Aktionäre nicht wichtig, zu welchem Preis die Ilse die von ihr geförderten Braunkohlen an die Werkhandelsgesellschaften lieferte. Das änderte sich aber, nachdem PETSCHKE in die Ilse eindrang. Damals wurde das Aktienkapital der SCHMIDTS-Aktiengesellschaft von 200 000 auf 500 000 Mark erhöht, und PETSCHKE erhielt einen erheblichen Teil davon. Bis zum Eintritt PETSCHKEs verteilte die SCHMIDTS-Gesellschaft keine Dividenden. Danach waren ihre Dividenden ungewöhnlich hoch: 40 bis 50 Prozent, ja bis zu 80 Prozent, sogar 1930 noch 30 Prozent.

Wenn durch den Braunkohlen-Verkauf zu hohen Preisen und den Braunkohlen-Bezug zu niedrigen Preisen der Ilse ein ungewöhnlich großer Gewinn bei der SCHMIDTS-Handelsgesellschaft hingab und somit an deren Aktionäre ging, so würde das ein einfacher Weg für PETSCHKE sein, um sich auf Kosten der übrigen Aktionäre der Ilse zu bereichern. Diese anderen Aktionäre der Ilse interessieren uns zwar nicht besonders; wichtig aber ist es, zu erkennen, auf welchem Weg sich „Wirtschaftsführer“ — die gern von ihrer Verantwortung für die Wirtschaft sprechen und damit ihre Machtstellungen zu rechtfertigen suchen — ihre wirklichen Ziele erreichen.

Wichtig ist es auch, zu erkennen, welche Rolle die vom Reich so sehr beschützten Großbanken spielen. Aufsichtsrats-Vorsitzender der Ilse ist nämlich REINHART, einer der Direktoren der Commerz- und Privatbank, die jetzt vom Reich saniert worden ist. Wie wenig die von der SPD so viel gerühmte „Bankenkontrolle“ dem Sozialismus dient, zeigt der Umstand, daß Herr REINHART als Leiter der Generalversammlung die Anträge der dem Reich gehörigen Viag rundweg und zum Teil sogar schroff ablehnte.

Mag sein, daß Herr REINHART durch PETSCHKE gezwungen wurde, sich so in der Generalversammlung zu verhalten. Aber warum hat er sich dann nicht geweigert, die Generalversammlung im Auftrage PETSCHKEs zu leiten? Warum ist er sich nicht bewußt gewesen, daß er als Direktor der vom Reich sanierten Commerzbank auch nach dieser Seite hin Verpflichtungen hat? Warum hat er nicht PETSCHKE aufgefordert, sich einen anderen Handlanger zu suchen? Sollte etwa Herr REINHART ebenfalls ein Aktionär der SCHMIDTS-Gesellschaft sein?

Jedenfalls fragte dies der Rechtsanwalt Dr. WILK, als Vertreter kleinerer Aktionäre, ohne eine Antwort zu bekommen. Auch in einer früheren Generalversammlung sind Fragen über diesen Punkt mit gewundenen Erklärungen von der Verwaltung beantwortet worden.

## Ungesetzliche Methoden.

Bemerkenswert ist auch, daß ein anderer Antrag der Viag abgelehnt wurde. Es dreht sich um die sogenannten Schutz-Aktien der Ilse in Höhe von 12 Millionen Mark, die sich formell im Besitz der Lusatia G. m. b. H. befinden. Diese Aktien wurden im Jahre 1922 geschaffen, um die sogenannte Ueberfremdung der Ilse (durch Ausländer) zu verhindern. Sie wurden später in Reichsmark-Aktien umgewandelt; doch ist der tatsächlich auf sie einbezahlte Betrag nur 3000 Mark wert. Dennoch haben diese Aktien ebenso viel Stimmrecht wie die voll einbezahlten Aktien.

Das Stimmrecht dieser Schutz-Aktien wird von der Ilse-Verwaltung, d. h. im Sinne PETSCHKEs, ausgeübt. Dr. NETTER, Vertreter der Viag, beantragte, diese Schutzaktien zur Abstimmung nicht zuzulassen. Herr REINHART ließ aber diesen

Antrag zur Abstimmung überhaupt nicht zu. Rechtsanwalt Dr. NETTER erklärte dieses Verhalten für gesetzwidrig; und Justizrat PINNER, die angesehenste Autorität aus der Rechtsanwalts-Praxis des Aktienrechts, gab eine ebensolche Erklärung ab. Dr. NETTER fügte hinzu: „Ich bin seit dreißig Jahren Aktienpraktiker. Noch niemals habe ich erlebt, daß der Nestor (Rangälteste) des deutschen Aktienrechts einem Manne wie dem Vorsitzenden dieser großen Verwaltung attestiert, daß er ungesetzlich gehandelt hat.“ Der volkparteiliche Abgeordnete Dr. CREMER, ein Aktionär, bemerkte: „Ich möchte die Verwaltung warnen. Was glauben Sie, was diese Diskussion für einen Eindruck in kapitalistischen wie antikapitalistischen Kreisen machen muß! Welchen Einfluß muß diese Generalversammlung auf die künftige Gestaltung des Aktienrechts haben! Die Kräfte und Kreise, auf die sich der Kapitalismus in Deutschland heute noch überhaupt stützen kann, werden durch derartige Vorkommnisse völlig abgestoßen.“

Herr REINHART stützte sich bei seinem Verhalten auf ein Urteil des Reichsgerichts, das die Schutzaktien für gesetzlich erklärt hatte. Aber dieses alte Urteil bezog sich auf die Papiermark-Aktien; und wie Dr. NETTER bemerkte, ist es mehr als zweifelhaft, ob das Reichsgericht dieses Urteil auch auf die Reichsmark-Aktien anwenden werde.

Alle Kleinaktionäre standen auf seiten der Viag. Sie haben keine Sorge, daß der Einfluß der öffentlichen Hand auf die Ilse zu groß werden würde, wenn die Viag 2 von 15 Aufsichtsratsposten innehatte. Mehrfach wurde gegen das Verhalten der Verwaltung Protest zu Protokoll gegeben. Alle Anträge der Viag und der Kleinaktionäre wurden abgelehnt.

Ein Aktionär setzte sich für die Verwaltung ein mit den folgenden klassischen Aeußerungen: „Die Verwaltung hat ganz recht, wenn sie sich gegen das Eindringen eines Reichsunternehmens zur Wehr setzt. Unter den Aktionären der Ilse hat das Reich nichts zu suchen. Der Staat hat über der Wirtschaft wie über den Parteien zu stehen. Wir wollen nur zum Staat gehen, wenn es uns schlecht geht.“ (Stürmisches Gelächter.)

Wichtig ist bei den ganzen Verhandlungen, daß das Ostelbische Braunkohlen-Syndikat im Frühjahr 1933 erneuert

wird. Auf diesem Syndikat beruht großenteils die Macht von PETSCHKE. Das wichtigste Syndikatsmitglied aber ist die Ilse Bergbau A. G. PETSCHKE will sich wohl bis zum Frühjahr 1933 die Bahn freihalten. Außerdem will er vermeiden, daß den Fragen der Viag und der Kleinaktionäre nachgegangen und das Geschäftsgebahren der Ilse revidiert wird.

Auf Grund des Ausgangs der Generalversammlung ist zu erwarten, daß die Aktionäre, die Protest zu Protokoll gegeben haben, also vor allem die Viag, einen Prozeß gegen die Ilse-Verwaltung anstrengen werden.

## Die politischen Lehren dieses Falles.

Politisch wichtig für uns ist, daß wir hierbei ersehen können, wie wenig es bedeutet, wenn das Reich die Aktienmehrheit bei den Banken hat. Es kommt nicht zu solche juristischen Konstruktionen an, sondern auf die politischen Machtverhältnisse und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Zölle, Kartelle u. s. w.). Nur wer dieser Einsicht aus dem Wege geht, wird zur Illusion der „Bankenkontrolle“ und dergleichen als „Ersatz“ greifen. Wer seine Aufmerksamkeit und Kräfte auf die eigentlich wichtigen Angelegenheiten richtet, braucht keine „Bankenkontrolle“; für den nötigen (in Banksachen) die Mittel, die bereits heute der Notenbank zur Verfügung stehen.

Politisch bemerkenswert ist ferner die Kaltblütigkeit, mit der Herr REINHART die Vertreter der Viag und der Kleinaktionäre abwürgte. In den Augen des volkparteilichen Abgeordneten Dr. CREMER ließ Herr REINHART jegliche „politische Vorsicht“ außer acht. Man kann aus diesem Vorfall, in kleinerem Rahmen, ersehen, was wir auch sonst heute überall beobachten können: nämlich, wie halsstarrig die Vertreter der herrschenden Schichten sind.

Von ihnen können wir nicht erwarten, daß sie aus Einsicht umlernen und die zur Behebung der Krise erforderliche Wirtschaftspolitik betreiben werden. An uns ist es, zu handeln. Wo bleiben hier die Gewerkschaften, die Arbeiterparteien? Vor allem auf die Gewerkschaften kommt es an. Rei.

# Werden Einfuhrbeschränkungen der Schweiz nützen?

Die Außenhandelsziffern des Monats März bedeuten für die Schweiz wiederum eine Enttäuschung. Im Gegensatz zu der sonst üblichen Frühjahrsbelegung blieb die Ausfuhr um 11 Millionen Franken hinter der Februar-Ausfuhr zurück. Sie betrug nur 73 Millionen Franken.

Gegenüber dem März 1931 war die Ausfuhr im März 1932 dem Wert nach um rund 45 Prozent geringer. Wie stark infolge der Weltwirtschaftskrise manche Ausfuhrposten gesunken sind, veranschaulichen die nachstehenden Ziffern:

	März	
	1931	1932
	(Millionen Franken)	
Schokolade . . . . .	1,5	0,2
Käse . . . . .	6,7	3,9
Stickereien . . . . .	3,0	1,2
Seidenwaren am Stück . . . . .	8,8	3,6
Konfektion . . . . .	3,6	1,3
Uhren . . . . .	11,0	5,7

Deutschland steht im März 1932 wieder an der Spitze der Abnehmer-Staaten. Deutschland hat im März 1932 17 Prozent der schweizerischen Ausfuhr aufgenommen; im gleichen Monat des Vorjahres waren es nur 16 Prozent. Dagegen ist vom März 1931 bis zum März dieses Jahres der Anteil Englands an der Aufnahme schweizerischer Ausfuhrwaren von 19 Prozent auf 9 Prozent zurückgegangen. Wie lange es dauert, daß Deutschland verhältnismäßig viele schweizerische Ausfuhrwaren aufnehmen kann, hängt zu einem erheblichen Teil davon ab, wieviel die Schweizer Regierung von sich aus tut, um die Krise in Deutschland, dem besten Kundenland der Schweiz, zu verschärfen. Sie tut dazu leider allerhand, und die Folgen der Maßnahmen, über die wir im „Funken“ bereits berichtet haben, sehen wir deutlich bei der Betrachtung der schweizerischen Einfuhr.

Durch die Einfuhrbeschränkungen ist es der Schweizer Regierung gelungen, die Einfuhr gegenüber dem Vormonat um 12 Millionen Franken herabzudrücken. Da, wie wir sehen, die Ausfuhr um fast ebensoviel zurückgegangen ist, hat sich der Einfuhrüberschuß gegenüber dem Vormonat nur wenig vermindert, von 75 Millionen auf 74 Millionen Franken. Die Einfuhrbeschränkungen haben also die erhoffte Entlastung für die schweizerische Handels- und Zahlungsbilanz nicht gebracht. Das ist in Anbetracht dessen, daß die Weltwirtschaftskrise sich verschärft hat, nicht verwunderlich.

Die Einfuhrbeschränkung wirkte sich in erster Linie gegenüber Deutschland aus. Während die deutsche Einfuhr nach der Schweiz zurückging, konnten Frankreich, Italien und Belgien ihre Anteile an der Versorgung der Schweiz steigern. Die Prozentziffern der nachstehenden Tabelle zeigen, wie stark die Verschiebung gegenüber dem März 1931 war:

	März 1931		März 1932	
	Wert in Mill. Fr.	%	Wert in Mill. Fr.	%
Einfuhr aus Deutschland . . . . .	54,9	28,6	34,0	25,8
Frankreich . . . . .	32,5	16,9	25,8	17,6
Italien . . . . .	16,3	8,5	12,9	8,8
USA . . . . .	12,9	6,7	9,7	6,6
Belgien . . . . .	6,5	3,4	6,9	4,8
England . . . . .	9,1	4,8	6,6	4,6

Die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz hat im März einen jähren Rückschlag erfahren. Sie belief sich auf 34 Millionen Franken gegenüber je 55 Millionen Franken im Februar 1932 und im März 1931. Gegenüber dem Vormonat ist die Einfuhr aus Deutschland in allen denjenigen Waren, für die jetzt Einfuhrbeschränkungen bestehen, stark zurückgegangen. Dafür einige Beispiele:

	1932	
	Februar	März
	(in 1000 Franken)	
Möbel . . . . .	376	64
Teppiche . . . . .	296	16
Herrnkonfektion . . . . .	546	19
Damenkonfektion (Wolle) . . . . .	1500	80

Bei diesen Waren haben sich die Einfuhrbeschränkungen also nahezu wie eine Sperre ausgewirkt.

Wir dürfen wohl, ohne dabei zu Nationalisten zu werden, die Vermutung aussprechen: Auf die Dauer gesehen schneidet sich die Schweiz mit Hilfe der Einfuhrbeschränkungen gegenüber Deutschland ins eigene Fleisch. Die Schweiz kann so wenig wie andere Länder ihre Ausfuhr aufrecht erhalten, wenn sie es ihren Kunden unmöglich macht, die Ausfuhr durch entsprechende Einfuhr zu bezahlen. Ein Land, das wie die Schweiz ein Gläubigerland ist, muß es sich überdies gefallen lassen, daß mehr Waren ein- als ausgeführt werden, oder aber, es muß das Risiko auf sich nehmen, Kapital im Ausland anzulegen. Rpt.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen sind in Vorbereitung. Sofort nach Rückkehr des Kanzlers sollen sie im Kabinett verabschiedet werden.

## ENGLAND

Staatshaushalt für das kommende Jahr: Der Voranschlag für die Ausgaben stellt sich auf 766 Millionen Pfund einschließlich des Tilgungsfonds für die inneren Schulden. Obwohl mit einer Einnahme-Erhöhung infolge der englischen Zollpolitik zu rechnen ist, erwartet der englische Schatzkanzler einen Fehlbetrag von 1,7 Millionen Pfund. Dieser Fehlbetrag soll gedeckt werden durch Einführung eines Tezzolls und Erhöhung der Vorzugszölle für Kolonialzucker. Bemerkenswert ist, daß die englischen Schulden an Amerika nicht im Haushaltsplan enthalten sind.

Währungsausgleichsfonds: In seiner Rede über den englischen Haushaltsplan hat Schatzkanzler CHAMBERLAIN das Unterhaus um Genehmigung ersucht, eine Anleihe von 150 Millionen Pfund aufzunehmen. Diese Anleihe soll zur Bereitstellung von Gold und Devisen dienen. Man will auf diese Weise heftige Währungsschwankungen so weit wie möglich vermeiden.

## Endlich ein Siedlungsprogramm?

Am 19. April fand unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers eine Besprechung sämtlicher Reichsminister statt, die an der Durchführung der landwirtschaftlichen Siedlung beteiligt sind.

Zur Besiedlung stehen zwei Millionen Morgen Land im Osten zur Verfügung, die trotz aller Hilfsmaßnahmen von den bisherigen Besitzern nicht mehr zu halten waren.

In der amtlichen Mitteilung heißt es: Trotz aller Nöte der Wirtschaft und Schwierigkeiten der Finanzen des Reichs ist die Reichsregierung entschlossen, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Diese Siedlung wird so einfach und sparsam errichtet werden müssen, daß sie dem Siedler auch unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein dauerndes Fortkommen bietet. Nur das Notwendigste an Einrichtungen und Gebäuden aus billigem bodenständigen Material, wo immer möglich aus Holz, kann ihm für den Anfang bereitgestellt werden. In umfassender Weise muß der Siedler selbst am Aufbau mitwirken. Der freiwillige Arbeitsdienst muß weitgehende Hilfe leisten. Neue Siedlungsformen müssen ohne bürokratische Hemmungen und überflüssigen Schematismus für dieses Werk gefunden werden. Die Bereitschaft weiterer Kreise zur Mitarbeit in allerlei Formen von Gemeinschaften und Bünden muß voll ausgewertet werden.